

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

25.5.1865 (No. 123)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. Mai.

N. 123.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† **München, 24. Mai.** Die Beratung des Amnestiegesetzes wurde vertagt, da der Justizminister verhindert war, in der Kammer Sitzung zu erscheinen. Man behauptet, das Gesamtministerium habe dem König den Vorschlag gemacht, die Amnestie auf alle nichtbayerische Deutsche auszuwenden.

Dresden, 24. Mai. Das „Dresden Journ.“ widerlegt die Zeitungsnachrichten von einem vereinbarten neuen militärischen Antrag in der Herzogthümerfrage am Bunde.

† **Berlin, 24. Mai.** Gestern ist hier der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Belgien unterzeichnet worden.

Berlin, 24. Mai. (W. R. B.) Das Abgeordnetenhaus hat gestern den Handelsvertrag mit Oesterreich mit 170 gegen 99 Stimmen angenommen.

Wien, 23. Mai. (W. R. B.) Minister v. Mensdorff sagte im Finanzausschuss, die römisch-italienischen Unterhandlungen seien bloss kirchlicher Natur.

Russland verschärft die Grenzbeobachtung Polens, weil es einen Inzurgenteneinfall aus Galizien befürchtet.

Madrid, 23. Mai. (W. R. B.) Die „Politica“ schreibt: Die Regierung schickte eine Note an Portugal, in welcher sie Beschwerde führt, daß die Regierung von Portugal die öffentlichen Subskriptionen für die Opfer der Madrider April-Ereignisse gebuldet hat.

† **Algier, 23. Mai.** Der Kaiser ist heute hier angekommen und wird morgen Fort Napoleon (Kabylien) besuchen. Der Kaiser befindet sich wohl.

Deutschland.

Wiesbaden, 23. Mai. (Fr. Z.) Die auf gestern Abend angelegte Versammlung der Liberalen war eine ungemein stark besuchte. Durch den Hrn. Polizeidirektor v. Köhler wurde die Versammlung dienstlich überwacht, aber er fand keinen Grund, die Redner Dr. Lang, Dr. Braun und Merkel irgendwie zu unterbrechen. Der seitherige Abgeordnete für die Stadt Wiesbaden, Dr. Lang, wurde wieder als Kandidat vorgeschlagen und mit großem Beifall von der Versammlung als solcher aufgestellt. In bester Laune ging die Versammlung gegen 11 Uhr auseinander, und eine zweite soll bald folgen.

Kiel, 22. Mai. Das Kanonenboot „Cyclop“ hat sich am 20. d. nach Fehmarn begeben, um im Fehmarn- und Tonnen zu legen. — Gestern Abend ist hier der Prinz Admiral Alabert von Preußen eingetroffen. Morgen findet eine Besichtigung der preussischen Kriegsschiffe statt.

Friedrichstadt, 20. Mai. (H. N.) Die in Vorschlag gebrachte Ausstellung vierprozentiger Obligationen zur Befriedigung der Gläubiger der Zwangsankleihe aus der Zeit des vorletzten Krieges hat nicht zur Ausführung kommen können. Dagegen ist von Seiten der Landesregierung die Ausschreibung einer jährlichen Ertragssteuer im Betrag von 1/4 Proz. des Brandtaxen-Werths sämtlicher Gebäude behufs der Tilgung der betreffenden Schuld genehmigt worden.

Berlin, 22. Mai. (Fr. Z.) Den politischen Theil der Kriegskosten-Rechnung hat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses heute erledigt. Zweiten leitete mit einer längeren Ausführung die Verhandlungen ein, und unterzog dabei die preussische Politik in der Herzogthümerfrage einer scharfen Kritik. Geh. Legationsrath Abeken, der das auswärtige Ministerium vertrat, bedauerte, nicht ausreichende Erklärungen geben zu können, da die Unterhandlungen mit Oesterreich schwebten, und ihr guter Fortgang durch vorzeitige Mittheilungen gestört werden könnte. Die Idee der Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung gehörte Preußen an. Es sei notwendig, auf der Realisirung der bekannten „Forderungen“ zu bestehen, wenn auch Mobilisationen derselben nicht ausgeschlossen wären. Aus dem Schoße der Kommission wurde hervorgehoben, wie die Erfolge der Waffen in Schleswig verringert wären durch die innere Politik des Ministeriums, die den Anschluß der Herzogthümer an Preußen, ja jede Verständigung mit ihnen im äußersten Maß erschwere. Das Mißtrauen der Schleswig-Holsteiner basire leider auf Gründen, die nicht zu entkräften wären. Der auswärtige Minister hätte einen Stolz darin gefunden, die Rathschläge der Kammer im vorigen Jahr nicht zu beachten; jetzt laste auf Preußen die Allianz mit Oesterreich, und nichts habe das Land durch seine Vertreter so sehr widerrathen, als gerade dieses Bündniß. Auf eine Anfrage, wie es mit den Verhandlungen zwischen Preußen und dem Herzog Friedrich stehe, wurde der ausweichende Bescheid gegeben, der Herzog sei Präsident, kein Souverän und anerkannter Fürst; darum wären auch Verhandlungen

mit ihm im eigentlichen Sinne nicht zu führen. Die Kommission war von den ihr gewordenen Aufschüssen wenig erbaut. In der nächsten Sitzung soll die finanzielle Seite der Vorlage durchberathen werden.

Berlin, 23. Mai. Abgeordnetenhause. Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Handel 1) über die Regierungsvorlage, betr. den Zoll- und Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Oesterreich; 2) über den Gesekentwurf, betr. die Abänderung des Vereins-Zolltarifs. Die Kommissionen empfehlen beide Vorlagen zur Annahme in Verbindung mit einer Resolution: „Die königl. Staatsregierung aufzufordern, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die Herabsetzung des Eingangszolles für rohes feineses Wachsmeergarn auf 15 Sgr. pro Zint. hinzuwirken.“

Abg. Dr. E. v. Calbe erklärt sich gegen den Antrag der Kommission, und zwar hauptsächlich wegen des Art. 25 des Vertrages, der eine allgemeine deutsche Zollvereinigung in Aussicht nimmt. Man sage zwar, der Art. 25 schließe keine Gefahren in sich, aber was habe denn alle die Verzögerungen beim Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich zum Nachtheil unserer Industrie herbeigeführt? Die Klausel im Vertrage mit Oesterreich von 1853, die jetzt erneuert werde, Oesterreich werde dadurch stets es in der Hand haben, einen Protekt einzulegen, wenn wir unsere Aufgabe erfüllen sollen, die uns jetzt schon bei Erneuerung des Zollvereins obgelegen hätte, nämlich uns vollständig dem System des Freihandels anzuschließen in Verbindung mit unseren westlichen Nachbarn. Durch den Art. 25 würden allgemeine politische Interessen, das Schutzoll-Interesse Oesterreichs im Verein mit dem spezifisch habsburgischen Interesse, in diese Frage hineingezogen und gefährdet so unser Interesse, das deutsche Interesse. Während man uns sage, Art. 25 bedeute nichts, sage man dem Oesterreichischen Abgeordnetenhaus, der Art. 25 bedeute sehr viel. Die Abwesenheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheit nehme dem Vertrage mit Oesterreich nichts von seiner politischen Bedeutung; diese Bedeutung sei gerade eine sehr große. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit (die er jetzt nicht erörtern wolle, da sich bald Veranlassung hierzu bieten werde) gebe uns die Warnung, daß wir uns nicht mit Oesterreich in Verhältnisse einlassen, die wir nicht ganz genau übersehen können. Wenn wir uns jetzt Oesterreich annähern, so nähern wir uns ihm gerade gegen den Willen desjenigen Theiles der Oesterreichischen Monarchie, mit dem wir in ein gutes Verhältnis treten wollen. Er möchte auch gern Oesterreich soulagiren, aber so lange Art. 25 im Vertrage enthalten, so lange wir keinen zuverlässigeren Leiter der auswärtigen Angelegenheiten haben, könne er dem Vertrage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Becker knüpft seine Ausführung für die Vorlage an eine Petition aus Schlesien, welche auf die Erhöhung der Eisenzölle in Oesterreich Bezug nimmt. Zu Gunsten des Vertrages führt der Redner die Unterdrückung des entsetzlichen Schmuggelhandels an und wendet sich dann zum Art. 25, dieser „harten Nuß“. (Heiterkeit.) Er hätte gern gesehen, wenn die Regierung diesen Artikel hätte umgehen können, der einigermassen unannehmlich sei. Er gestehe zu, daß die Beschränkungen, welche der Abg. v. Hennig bei Beratung des Vertrages mit Oesterreich von 1853 prophezeit, ganz oder theilweise eingetroffen seien; aber er erwarte den Beweis, ob die Nachteile Oesterreichs und der Mittelstaaten gegen den Vertrag mit Frankreich nicht eingetreten wären, wenn die bezügliche Klausel im Vertrage von 1853 nicht gestanden hätte. Er (Redner) fürchte die Klausel des Art. 25 nicht und erkläre für sich und seine Kommilitonen, daß der Artikel zu nichts gegen Oesterreich verflüchte.

Abg. Schulze-Delitzsch gegen die Kommission. Man könne unmöglich die allgemeine Politik von der Handelspolitik trennen, zumal bei einem Staate, der vom Ackerbau in den Industriezustand übergehe. Nun verspreche aber Art. 25 etwas Unmögliches: eine allgemeine deutsche Zollvereinigung. Eine solche involvire aber auch Einigung der gesamten Politik Preußens mit Oesterreich, einschl. Italien, Ungarn etc. Das sei ein Umling. Wir können zwar die Zollstrahlen zwischen Preußen und Oesterreich niederreißen, wir können aber nicht mit Oesterreich gemeinsame Zollstrahlen errichten. Noch ein anderer Grund sei für ihn maßgebend. Man kenne die Widerwilligkeit, mit welcher einzelne süddeutsche Staaten der Suprematie, der Hegemonie Preußens im Zollverein folgen; nun habe den Vertrag von 1853 Preußen mit Oesterreich geschlossen, der neue Vertrag werde vom Zollverein mit Oesterreich kontrahirt; man könne sich daher bei Ablauf der jetzigen neuen Zollvereins-Periode auf Schlimmes gefaßt machen. Wir würden einen besseren Vertrag bekommen, besser selbst für Oesterreich, wenn wir den jetzigen ablehnen. Jedenfalls halte er es für nöthig, daß hier von Seiten der preussischen Volksvertretung eine politische Verwahrung eingelegt werde gegen etwaige spätere Interpretationen. (Beifall.)

Der Regierungskommissär sucht die Einwände gegen Art. 25 des Vertrages zu widerlegen. Er erkenne an, daß der Artikel nicht auf Preußens, sondern auf Oesterreichs Wunsch in den Vertrag gekommen sei; aber von preussischer Seite sei man nach reiflicher Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die Aufnahme des Artikels nicht abgelehnt werden könne, da der Inhalt desselben von dem entsprechenden des Vertrages von 1853 grundverschieden sei. Der Art. 25 verpflichte zu nichts, als zu dem Einigen, die Frage überhaupt diskutiren zu dürfen. Das enthalte doch nichts Bedenkliches. Wenn in der Diskussion der Eine Ja, der Andere Nein sage, so sei die Diskussion eben resultatlos. Die Agitation gegen den Vertrag mit Frankreich habe stattgefunden, aber derartige Agitationen seien früher dagewesen, und werden später zurückkehren; sie liegen in den gegebenen Verhältnissen, und wir können ihnen mit Ruhe ent-

gegensetzen. Wir werden sie niederschlagen wie in jüngerer Zeit. Daß die Agitationen nur auf Grund der Vertragsklausel stattgefunden, könne man nicht ernstlich behaupten; wer die Klausel wirklich gefannt, habe in ihr nichts Bedenkliches gefunden.

Abg. Prince-Smith für die Kommission. Wir haben in dem Vertrag mit Frankreich den Differenzialzöllen einen Kegel vorgehoben und wollen sie auch in Bezug auf Oesterreich beseitigen. Der Abg. Schulze irre, wenn er durch Ablehnung des jetzigen Vertrages einen günstigeren zu erreichen hoffe. Wenn man auch Art. 25 befeigt, werde man doch nie die Möglichkeit beseitigen, daß Oesterreich Preußens Autonomie bekämpfen werde.

Der Handelsminister macht darauf aufmerksam, daß die Annahme des Vertrags Oesterreich nöthigen werde, unsere Wege zu gehen, die Ablehnung dagegen das Prohibitivsystem in Oesterreich stärken werde. Letzteres sei aber nicht in unserm Interesse, während wir mit der Schweiz, mit Belgien, mit England über Verträge unterhandeln, und hoffentlich bald mit Russland unterhandeln werden. Wichtig sei es, daß für Schlesien gewisse Nachtheile vorhanden sind, aber diese Nachtheile werden größere sein nach Ablehnung des Vertrages. Was die Beschränkungen wegen des Zollvereins betreffe, so meine er, daß derselbe so fest gekittet sei, daß keine Regierung sich demselben werde entziehen können. Wegen des Bestandes des Zollvereins möge man sich keine Besorgnisse machen.

Abg. Rövell (Danzig) gegen den Vertrag. Er erinnert daran, daß der Ministerpräsident v. Manteuffel 1853 den Art. 25 für eben so unbedenklich ausgegeben, wie heute der Regierungskommissär, und doch habe der Art. 25 Jahre lang das Inlebenreten des französischen Vertrags verzögert, unsere Industrie von Märkten verdrängt, wo sich inzwischen Konkurrenz eingestellt. Als 1862 der französische Vertrag beraten wurde, fragte man sich, wie wir in dieser Beziehung zu Oesterreich stehen; Niemand befürchtete eine Störung, und doch war schon eine Oesterreichische Note hier, welche von einem „Recht“ Oesterreichs sprach, für den Fall, daß wir unsern Tarif nach freihändlerischer Richtung erniedrigen, gebt und um seine Zustimmung befragt zu werden. Dieses angebliche „Recht“ behauptete es fortwährend, und nichts bürgt uns dafür, daß diese Präzessionen nicht wiederkehren werden.

Ein weiterer Grund gegen den Vertrag sei der Artikel, der es zu Wege bringt, daß wir den größten Theil der Oesterreichischen Finanzwaage bezahlen. Möglich, daß wir nach 12 Jahren wie 1864 alle Hindernisse, Oesterreichs, der Mittelstaaten etc., bewältigen, aber weshalb uns ein Bleigewicht freiwillig anhängen? Diese Motive veranlassen ihn (Redner), den Vertrag abzulehnen. (Bravo!)

Abg. Reichenheim für den Vertrag, obwohl er die Gefahr des Art. 25 nicht unterschätze. Aber so gut, wie die jetzige Regierung in dieser Beziehung die materiellen Interessen des Landes gewahrt, werde auch keine spätere Regierung die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein zugeben. Die Industrie sei in den letzten 12 Jahren fortgeschritten, und werde gewiß auch in den nächsten 12 Jahren nicht zurückbleiben; man könne daher der Wucht und dem Einfluß dieser Interessen ebenfalls vertrauen. Der Redner führt des Weiteren aus, daß eine Ablehnung des Vertrages zur Stärkung der Schutzoll-Partei in Oesterreich führen werde, die gerade durch diesen Vertrag einen harten Schlag erlitten habe.

Abg. Graf Bethusy-Huc bebauert, gegen den Vertrag sprechen zu müssen, natürlich ohne in den politischen Motiven den H. v. Ewe und Schulze beizustimmen.

Es nehmen ferner das Wort: Abg. Doerweg (für), v. Hennig (gegen), Waldeck (für). Die Diskussion wird geschlossen und der Referent Abg. Michalek nimmt das Wort.

□ **Berlin, 23. Mai.** Der „Staatsanz.“ veröffentlicht das am 1. Mai vollzogene Gesetz in Betreff der Anlage von Eisenbahnen in den hochzollern'schen Landen, sowie eine vom 8. Mai datirte Verfügung des Finanzministeriums, welche besagt, daß gemäß den Vereinbarungen zwischen den Zollvereins-Staaten vom 1. Juli an eine Uebertragung abgabe von dem in Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Nassau und im Gebiet der freien Stadt Frankfurt erzeugten Traubenmost und Wein nicht mehr erhoben werden soll.

† **Wien, 22. Mai.** Der Handelsvertrag mit dem Zollverein ist, wie Sie bereits wissen, im Abgeordnetenhaus mit 112 gegen 51 Stimmen angenommen worden. Die Industrie hat dieses Resultat nicht gewollt und nicht herbeigeführt, denn von diesen 112 Stimmen der Majorität kommen 6 auf die Minister-Abgeordneten, 39 auf die Groß- und Klein-Grundbesitzer, 13 auf den geistlichen Stand, und 28 auf Regierungsbeamte — macht zusammen 86 Stimmen. Nicht ohne Interesse ist übrigens auch die Vertheilung der Stimmen auf die einzelnen Kronländer. Die Abgeordneten von Oberösterreich, Schlesien, Galizien, Dalmatien, Triest, Görz, Istrien und der Bukovina haben sämmtlich für, die Abgeordneten von Kärnten und Vorarlberg sämmtlich gegen den Vertrag gestimmt; von den Böhmen stimmten 19 für, 14 gegen, von den Mähren 5 für, 12 gegen, von den Niederösterreichern (mit Wien) 6 für, 8 gegen, von den Steiermärkern 7 für, 4 gegen, von den Krainern 3 für, 1 gegen, von den Salzburgern 2 für, 1 gegen, von den Tyrolern 5 für, 2 gegen, von den Siebenbürgern endlich 19 für und 2 gegen.

Italien.

Turin, 20. Mai. (Röln. Zig.) Die Gemüther sind überall fortwährend sehr aufgeregt, und die Reise des Sena-

tors Nevel nach Rom, obgleich dieselbe durchaus nicht vom König veranlaßt worden sein soll, macht böses Blut. Viktor Emanuel's so plötzlich in den Vordergrund gerückte kirchliche Politik hat nun einmal das Mißtrauen des Publikums stark erregt. Vegezzi wartet hier die Befehle des Königs ab, ehe er nach Rom zurückkehrt. Es heißt, Viktor Emanuel werde am 26. hier erwartet, und es fällt auf, daß die Verhandlungen über die römische Frage nicht in der neuen Hauptstadt vor sich gehen. Das Kabinett hat bisher noch nicht in die vom Papste ausbedungenen Beschränkungen gewilligt. Für den Fall, daß der König nicht nach Turin kommen würde, soll Vegezzi sich nach Florenz begeben; da er Anfangs Juni in Rom sein will. — Mgr. Calatiana, Bischof von Casale, soll zum Erzbischof von Turin ernannt worden sein. — D'Lozaga ist nach Florenz gereist und wird von dort nach Neapel gehen; er spricht sich sehr günstig über seinen hiesigen Aufenthalt aus. — Die Zeichnungen für das Anlehen sind heute geschlossen worden und haben sich, wie man sagt, auf den einfachen Betrag erhoben (85 Mill. Rente für 8 Mill.). Diese Summen sind durch das ausländische Kapital gedeckt worden.

Valermo, 13. Mai. (N. Fr. Ztg.) Wir haben hier wieder einmal unruhige Zeiten. Die letzten Unruhen im Januar, die von den Anhängern der Bourbonen veranlaßt waren, sind ruhig ausgegangen; aber seit 8 Tagen ist ein förmlicher Aufstand auf den 15. oder, wie es gestern hieß, auf den 27. angekündigt, diesmal von Seiten der Autonomisten. Es sollen schon wohlbewaffnete Banden sich in der Umgegend gesammelt haben, und als Anführer wird ein durch seine Verwegenheit bekannter Mann bezeichnet. So unsinnig das Ganze klingt, so ist doch die Aufregung hier, besonders aber im Gebirge, groß. Viele Familien, die vor kurzem auf's Land gezogen sind, kehren wieder in die Stadt zurück. Von Seiten der Polizei ist bis jetzt nur die Anordnung getroffen, daß man selbst die nähere Umgebung nicht ohne Erlaubnißschein besuchen darf. Vorgestern kamen fünf Kriegsschiffe von Messina hier an, und die anderswo unbegreifliche Anknüpfung des Aufstandes, die unter den Bourbonen den Zweck hatte, die jämmerliche Polizei und das Heer in Angst und Schrecken zu jagen, scheint diesmal eben nur den Erfolg zu haben, daß die Regierung sich ruhig vorbereiten kann und die Sache wohl auch jetzt wieder nicht zum Ausbruch kommen wird.

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Der „Constitutionnel“ wirft heute einen Blick auf die Lage der Dinge jenseits des Atlantischen Ozeans, und gewinnt die Ueberzeugung, das alle Besorgnisse über die Haltung der Vereinigten Staaten, den europäischen Mächten und dem neuen mexikanischen Kaiserreich gegenüber, an augenscheinlicher Uebertreibung leiden. Hr. P. Lymatrae drückt sich über diese Frage folgendermaßen aus:

Die Kraft der Neutralitätserklärung von der französischen Regierung ergriffenen Maßregeln waren durch die Thatsache des Krieges selbst nöthig gemacht worden. Sie müssen natürlich mit dem Krieg ein Ende finden. Bereits ist, wenn wir recht unterrichtet sind, die Vorkehrung, welche den Aufenthalt von Unionschiffen in unseren Häfen auf eine Frist von 24 Stunden beschränkte, durch den Marineminister aufgehoben worden. Die süßstaatliche Flagge wird nur noch von zwei oder drei Schiffen geführt, die, wie es scheint, nicht lange mehr die See halten können, und es läßt sich nicht voraussehen, daß sie, wie die Sachen jetzt stehen, der Gegenwart irgend einer Schwierigkeit zwischen der Unionsregierung und Frankreich werden können.

Daß nach den letzten militärischen Vorgängen Anwerbeversuche in verschiedenen Städten der Union gemacht worden seien, überrascht den „Constitutionnel“ nicht im geringsten. Doch würden diese Versuche so wenig Erfolg haben, als die vor einem Monat schon von General Ortega unternommenen. Ein großer Theil der nordamerikanischen Presse spreche sich gegen diese Frankreich feindseligen Kundgebungen aus. Präsident Johnson selber scheint dadurch aufmerksam geworden und entschlossen zu sein, keine Antriebe zu dulden, welche die Neutralität der Ver. Staaten in Gefahr bringen könnten. Ueberhaupt wäre jede andere Politik den Gesinnungen zuwider, die seit 3 Jahren in verschiedenen Malen sowohl Präsident Lincoln, als auch in der letzten Zeit sein Nachfolger an den Tag gelegt hätte. Die Antwort, welche Präsident Johnson auf die Rebe des englischen Gesandten ertheilt, sei mehr der Art, die friedfertigen Absichten der Vereinigten Staaten gegen die auswärtigen Mächte zu bekräften, als in Abrede zu stellen. Auch führt der „Constitut.“ den „Herald“ und den „Cour. des Etats Unis“ als Beleg dafür an, daß die Neutralität nicht verletzt werden soll und keine Verwicklung zu befürchten sein wird. Aus Alledem zieht Hr. Lymatrae den Schluß, daß wieder einmal mehr die Besorgnisse, welche sich in diesen letzten Tagen so vielfach an den Tag legten, wenig begründet waren.

Man weiß, daß die Gesetzkommission über die Einführung von Checks von dem Gesetgeb. Körper zur Umarbeitung einzelner Bestimmungen derselben an die betreffende Kommission zurückgewiesen worden war. Die neue Vorlage ist nun von Darimon, als Berichterstatter, wieder eingebracht worden und enthält folgende Modifikationen:

Art. 4. Die Ausgabe eines Checks bildet, selbst wenn derselbe von einem Ort auf den andern gezogen wird, an und für sich keinen kommerziellen Akt. Immerhin sind die auf solidarische Garantie des Ausstellers und Indossenten, sowie auf Protest und Ausübung der Garantiefolge bezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die Checks anwendbar.

Art. 5. Der Inhaber eines Checks soll innerhalb fünf Tagen einschließlichs des Tages der Ausstellung, wenn der Check am Platz selbst zahlbar ist, und innerhalb acht Tagen, gleichfalls einschließlichs des Tages der Ausstellung, wenn er auf einen andern Platz gezogen ist, Zahlung verlangen. Wenn innerhalb dieser Fristen keine Zahlung verlangt wird, verliert der Inhaber den Refurs gegen die Indossenten, und ebenso auch gegen den Aussteller, wenn nach Ablauf dieser Fristen die Deckung durch Schuld des Gezogenen verloren geht.

Art. 6. Der Aussteller eines Checks ohne Datum oder mit falschem Datum verfällt einer Geldstrafe von 6 Proz. des Betrags des Checks.

Die Ausgabe eines Checks ohne vorher geleistete Deckung verfällt derselben Geldstrafe, unabgesehen betreffend Falls der Anwendung der Strafgesetze.

In der heutigen Sitzung begann die Diskussion über diese Gesetzkommission. Dieselbe wird von E. Picard lebhaft angegriffen, und von Rouher, dem Staatsminister, vertheidigt. Letzterem antwortet Berryer, indem er die angegriffenen Vorzüge desselben, so lange es den vielen gesetzlichen Beschränkungen unterliegt, läugnet, und die Befürchtung ausdrückt, die er gegen alle Depositenbanken zu hegen scheint.

Paris, 23. Mai. Auf einem Ausfluge von Mostaganem nach Meliana hat der Kaiser auf Bitten des ihn umringenden Stammes der Flittas die in der letzten Erhebung kompromittirten und in Frankreich internirten Verwandten dieser Stammes angehörigen begnadigt. Gestern, 22. Morgens schiffte sich der Kaiser bei schöner See nach Algier ein. — Die Madrider „Politica“ bringt das Gerücht, daß der Kaiser die Rückreise über Spanien machen und am 27. zu Kranjuez eintreffen werde; jedenfalls ist das Datum unrichtig, denn Se. Maj. wird erst am 25. nach Vona und Constantine gehen. Uebrigens glaubt die „France“, daß der Besuch in Spanien überhaupt unterbleiben und der Kaiser in den ersten Tagen des Juni direkt über Toulon nach Paris zurückkehren werde. — Die „France“ widerlegt das Zeitungsgerücht von einem Nordwestzug auf den Kaiser Maximilian. — Die Kommission für die allgemeine Ausstellung im Jahr 1867 wird am 25. eine Sitzung abhalten. — Rente 67.22 1/2, Cred. mob. 765, ital. Anl. 65.82 1/2.

Spanien.

Madrid, 22. Mai. Der Senat und die Deputirtenkammer haben von der Regierung Auffklärung über die Ursache der Fortdauer der Geld- und Handelskrise verlangt.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 19. Mai. (N. Fr. Ztg.) Während des Krimkrieges auf Betreiben des Generals Wladislaw Zamoyeti von der ottomanischen Regierung errichteten zwei polnischen Kavallerieregimenter bestanden noch und werden fortwährend durch polnische Emigranten, die sich als Freiwillige melden, ergänzt. Die Offiziere sind, eben so wie die Mannschaften, durchweg Polen, und den Oberbefehl führt der aus dem ungarischen Kriege bekannte Negat Gajkowski (Sadyk Pascha), der jetzt in Konstantinopel wohnt und zum Gefolge des Sultans gehört. Das Kommando ist ebenfalls polnisch. Das eine dieser Regimenter ist ein Kosakenregiment. Es besteht gegenwärtig aus 5 Schwadronen zu 120 Pferden, und hat in Monastir seine Garnison. Das andere, ein Dragonerregiment, hat gegenwärtig nur 3 Schwadronen zu 150—180 Pferden, und steht in Perley in Gar-nison. Beide Regimenter sind inkomplett und sollen jetzt, ekreres durch eine Schwadron, letzteres durch drei Schwadronen vervollständigt und dann nach Konstantinopel verlegt werden. Die Nachricht von der Komplettierung dieser Regimenter hat in letzter Zeit zahlreiche polnische Emigranten aus Frankreich und der Schweiz nach der Türkei gezogen, um sich dort anwerben zu lassen. Im vorigen Monat wurden gegen 100 Emigranten als Freiwillige angenommen. Die Besoldung ist ziemlich hoch.

Großbritannien.

London, 22. Mai. Der russische Einfluß scheint sich in den Donaufürstenthümern wieder in einer Weise zu regen, die den Engländern nicht angenehm sein kann. So wenigstens werden die neuesten Unterhandlungen des Fürsten Gouza mit Rußland von der „Morn. Post“ aufgefaßt.

Wir haben — sagt dieses Blatt — seit einiger Zeit vom Fürsten Gouza sehr wenig zu hören bekommen. Die letzte Frage, an der er sein diplomatisches Geschick übte, war die Säkularisirung der Kloster-güter. Hierin kam er vorzugsweise durch französischen Schutz ans Ziel, und entfremdete sich dabei Rußland in nicht geringem Grade. Er mußte daher Etwas thun, um sich bei der letzten Macht wieder in Gunst zu setzen. So eben hat sich ihm eine Gelegenheit geboten, auf die wir aufmerksam machen möchten. Vor einigen Wochen trat, wie es scheint, das Wiener Kabinett in Unterhandlungen mit der Bukarester Regierung, um einen Vertrag oder eine Konvention zur gegenseitigen Auslieferung militärischer Ausreißer zu schließen. Die Pforte nahm Anstoß an einer Maßregel, welche die Oberhoheitsrechte des Sultans zu verletzen schien, da Fürst Gouza offenbar nicht bezeugt ist, Verträge oder Konventionen auf eigene Faust zu schließen, und es wurde daher eine Erklärung von Wien verlangt. Das Wiener Kabinett beschwichtigte die Unruhe der Pforte, indem es erklärte, daß die Bestimmungen des erwähnten Vertrages nicht die mindeste politische Bedeutung hätten, und damit war die Pforte zufrieden. Aber es war eine Gelegenheit, welche Rußland sich nicht entgehen ließ. Kaum hatte Oesterreich, gegen Ende April, den erwähnten Präcedenzfall geschaffen, als das Kabinett von St. Petersburg eine Depesche an den Fürsten Gouza richtete und ihm den Abschluß eines Vertrages vorschlug, der dem mit Oesterreich negozierten analog war, aber eine größere Tragweite hatte. Die russische Regierung sprach nämlich den Wunsch aus, daß die Konvention sich nicht nur auf Deserteur aus der russischen Armee, sondern auf alle andern russischen Unterthanen erstrecken solle, deren Gegenwart in den Fürstenthümern, nach der Ansicht der Regierung des Czaren, die innere Ruhe des Reiches bedrohen könnte. Mit andern Worten, der Fürst Gouza sollte das von der Türkei stets so eifersüchtig gewahrte Recht aufgeben, politischen Flüchtlingen eine Zufluchtsstätte zu gewähren. Man wird sich leicht denken können, wie unangenehm die Maßregel dem Sultan sein mußte. Die Sprache des russischen Ministers war in ihrem Ton so kategorisch, daß der Fürst Gouza, selbst wenn er es gewünscht hätte, es kaum hätte wagen können, die Gewährung des Verlangens zu verweigern; aber eigentlich war ihm die Gelegenheit, sich bei der russischen Regierung in Gunst zu setzen, nicht unwillkommen. So viel wir hören, hat Fürst Gouza eine Konvention der angebeuteten Art nicht faktisch unterzeichnet, aber er scheint die Nothwendigkeit und Zweckdienlichkeit einer Auslieferungskonvention zwischen den beiden Ländern im Prinzip anerkannt zu haben. Nicht zufrieden damit, auf zwei Stühlen zu sitzen, hat er das Kunststück, auf fünfzig zugleich zu sitzen, bisher mit ganz leidlichem Glück ausgeführt. Er schien Morgens werden sich die Stühle umdrehen, und er wird mit einem Krach auf den Boden zu sitzen kommen. Wenn er seine quasi-unab-

hängige Stellung behaupten will, muß er offenbar russischen Uebergriffen der beschriebenen Art mit Nachdruck entgegenreten. Wenn er blind eine Politik befolgt, die ihm die Bestmächte entfremden, und Rußland, seinen natürlichen Feind, kräftigen muß, wird ihn Niemand heimtödeln, wenn er in die Grube fällt, die er sich selbst gegraben hat.

Zur Hinbildung der nahe bevorstehende Parlamentsauflösung hat Hr. Disraeli an die Wähler von Buckinghamshire ein Schreiben erlassen, worin er die Stellung der konservativen Partei charakterisirt. Er sagt im Wesentlichen:

Vor sechs Jahren schlug Lord Derby eine Kirchenbau-Abgabenbill vor, die, am Prinzip einer nationalen Kirche festhaltend, doch die religiösen Bedenten der Nichtanglikaner (Dissenters) berücksichtigt haben würde. Sie wurde von einer großen Majorität verworfen, aus dem Grunde, daß nichts Geringeres als die gänzliche Aufhebung der Abgabe befreiben konnte. Einen Monat später legte der konservative Premier eine Parlaments-Reformbill vor, die das Stimmrecht sehr ausgedehnt haben und im Einklang mit den Prinzipien der Verfassung geblieben sein würde, welche die Wählerbefugniß weitlich als ein Vorrecht, nicht als ein Recht anerkennt. Auch diese Maßregel wurde von einer großen Majorität zurückgewiesen, aus dem Grunde, daß keine Ausdehnung des Stimmrechts, welche nicht zugleich den Zensus in Burgsteden herabsetzt, genügend groß sein würde. Es folgte auf die Regierung Lord Derby's eine andere, die sich verpflichtete, die Kirchenbau-Abgabe völlig aufzuheben und den Wählerzensus in Burgsteden herabzusetzen. Das parlamentarische Leben seit jenem Zeitpunkt läßt sich im Allgemeinen, aber ohne Unbilligkeit, als ein fortwährender Angriff auf die britische Verfassung in Staat und Kirche bezeichnen; ein Angriff, der, wenn nicht immer von Ihrer Maj. Ministern angeregt, doch immer von ihnen gutgeheißen wurde und stets von der Partei ausging, von deren Unterstützung der Bestand des Ministeriums abhängt. Die Anstrengungen, welche die konservative Opposition in den letzten sechs Jahren gemacht hat, sind weder bedeutungslos noch fruchtlos gewesen. Sie hat die Maßregeln aus dem Feld geschlagen, zu deren Durchführung das gegenwärtige Ministerium gebildet worden ist, und sie hat den politischen Sinn herabgebildet, damit er zur endgültigen Lösung ein mehr gereiftes und erleuchtetes Urtheil bringen könne. Von der Ausdehnung des Wählerrechts hängt in der That die Vertheilung der Macht ab. Es scheint mir, daß der ursprüngliche Plan unserer altersümmlichen, an männlicher Weisheit so reichen Verfassung den Weg anzeigt, den wir in dieser Angelegenheit zu gehen haben. Sie hat unsere Volkrechte dadurch festgesetzt, daß sie die Macht nicht einer bunt zusammengewürfelten Menge, sondern dem Stande oder der Klasse der Gemeinen anvertraut hat; und eine weise Regierung muß dafür sorgen, daß die Elemente dieses Standes im richtigen Verhältniß zur moralischen und materiellen Entwicklung des Landes stehen. Die öffentliche Meinung mag vielleicht zu einem gesetzgeberischen Akt über den Gegenstand noch nicht genügend reif sein, aber sie hat ein genügendes Interesse an der Frage, um sie mit Vortheil zu erwägen; so daß wir, wenn die Zeit zum Handeln kommt, im Geiste der Verfassung verfahren können, welche die Besten jeder Klasse absorbiren möchte, anstatt in eine Demokratie zu verfallen, welche die Tyrannei einer einzigen, und zwar der am wenigsten aufgestellten Klasse ist. Obgleich die Führer der konservativen Partei niemals vor der Verantwortlichkeit für ihre Handlungen zurücktreten werden, wollen sie sich nicht als Bewerber um die Regierungsgewalt vordrängen. Amt ohne Macht mag der Eitelkeit schmeicheln, kann aber nie einen edlen Ehrgeiz befriedigen. Wer die Minister der Königin sein mögen, gehört zu den Zufällen der Geschichte; das Bleibende auf den ewigen Blättern der Geschichte besteht in der Politik, welche sie befolgt haben, und in den Folgen dieser Politik für das Reich. Dies wird sehr von der Entscheidung und Entschiedenheit der Wähler des Verein. Königreichs bei den bevorstehenden allgemeinen Parlamentswahlen abhängen. Abgesehen von jenen Veränderungen, welche der Fortschritt der Gesellschaft erheischen und die Erfahrung der Nation gutheißen mag, werden die Wähler, wie ich mit Zuversicht glaube, beschließen, die Verfassung in Kirche und Staat anrecht zu halten.

Auswärtige Politik, Finanzfragen, kurz alle Angelegenheiten, mit Ausnahme der Kirchenbau-Abgabe und des Wählerzensus in Burgsteden, sind in diesem Programm des konservativen Führers mit tiefem Stillschwigen übergegangen. Offenbar hält Hr. Disraeli die zwei Geldbündnisse der Whigs, um die sich das ganze Schreiben dreht, für die größten, wenn nicht für die einzigen Blößen in der Rüstung seiner Gegner.

London, 23. Mai. (W. L. Z.) Unterhaus. Hr. Maguire beantragt, zum Schutz der englischen Papierfabrikation einen Ausfuhrzoll auf englische Lumpen einzuführen. Der Handelsminister opponirt und erwährt, daß der Ausfuhrzoll auf Lumpen in den meisten Kontinentalstaaten bereits herabgesetzt sei; ein Gleiches werde hoffentlich in Dänemark und Oesterreich geschehen. Der Antrag wird mit 45 Stimmen Mehrheit verworfen.

Asien.

Shanghai, 22. Apr. Die Nachricht, daß Prinz K'ong am Ruder bleibt, bestätigt sich. — Die chinesischen Empörer von Amoy richten große Verheerungen an. Ihre Bewegungen haben durchaus keine politische Bedeutung. Die japanische Regierung hat die Absicht kund gethan, die Unterthanen derjenigen Mächte auszuschließen, die nicht mit Japan unterhandelt haben.

Amerika.

Neu-York, 11. Mai, Abends. (per „Africa“.) In einer vom 10. d. datirten Proklamation erklärt Präsident Johnson die Empörung der südlichen Staaten für faktisch beendet, und hiermit auch den Anspruch des Südbundes auf die Rechte einer kriegführenden Partei aufzuheben. Wenn daher Nationen des Auslandes nach der allgemeinen Bekanntheit der Proklamation fortfahren sollten, südstaatlichen Kaperschiffen gasliche Aufnahme in ihre Häfen zu gewähren, so werde es die Pflicht der Bundesregierung sein, den Schiffen jener Nationen die Häfen der Vereinigten Staaten zu verschließen und andere angemessene Schritte zur Wahrnehmung der nationalen Souveränität zu thun. Eine andere Proklamation des Präsidenten kündigt die Wiederaufrichtung der gesetzmäßigen Autorität und der konstitutionellen republikanischen Staatsform in Virginien an und betraut den Gouverneur Pierpont mit der Staatsverwaltung, während sie alle unter der Rebellenherrschaft gefassten öffentlichen Akte und gefassten Beschlüsse für nichtig erklärt. Der Krieg s-

minister hat Befehl gegeben, alle Kriegsgefangenen, welche keinen höhern Rang als den eines Obersten bekleidet und vor dem Falle Richmonds ihre Bereitwilligkeit, den Eid der Treue zu leisten, erklärt haben, unverzüglich auf freien Fuß zu setzen; denselben soll nach Abnahme des Eides unentgeltliche Beförderung in die Heimath geboten werden. Ferner hat Hr. Stanton die sofortige Entlassung aller Freiwilligen der Kavallerie angeordnet, deren Dienstzeit vor dem 1. Okt. d. J. abläuft. General Halleck macht bekannt, daß solche innerhalb seines Departements, die nach dem 20. Mai sich der Autorität der Bundesregierung noch widersetzen, als Geächtete und Banditen zu behandeln sein würden. Den Einwohnern von Nordkarolina rät General Schofield an, daß die Truppen die Ruhe aufrecht erhalten und das Volk beschützen werden, bis die Zivilregierung des Staates wieder hergestellt sein werde. Sklaven seien von nun an frei und die Armee werde sie unter ihren Schutz nehmen. Den früheren Eigentümern empfiehlt der General, die Neger als bezahlte freie Arbeiter in ihrem Dienste zu behalten.

In Texas waren am 22. v. M. zu Houston noch Resolutionen zur Fortführung des Kampfes gefaßt worden; das Transmississippi-Departement wurde erklärt, sei groß und reich genug, um feindliche Angriffe zurückzuschlagen und die Unabhängigkeit zu sichern. Doch machte sich schon Widerspruch geltend. Der Kommandeur von Galveston ist zurückgetreten, und General Magruder hat sich nach Galveston begeben, um die Besatzung zu inspizieren. Ein Angriff Seitens der Bundesstruppen auf die Küste von Texas wurde stündlich erwartet.

Die Militärkommission, welche den Prozeß gegen die der Beteiligungen an dem Morbottmord angeklagten zu leiten hat, ist am 8. d. zur ersten Sitzung zusammengetreten. Die Verhandlungen werden bei geschlossenen Thüren geführt, jedoch der Presse täglich amtlich mitgeteilt, soweit der Attorneygeneral die einseitige Veröffentlichung für angemessen erachtet. Die Angeklagten haben sich selbst ihre Verteidiger auswählen dürfen; Harold, Abjerodt, Payne, Frau Surrat und mehrere Andere, welche bereits vorgeführt worden sind, antworteten auf die bezügliche Anfrage des Richters mit „nicht schuldig“. Der „New-York Times“ zufolge ist die Proklamation des Präsidenten, in welcher auf die Verhaftung Jefferson Davis und anderer Südstaatlichen verschiedene Belohnungen ausgesetzt worden, auf Anlaß des Judge-Advocate-General erfolgt, welcher die Erklärung abgab, daß nach den vorliegenden Beweisstücken Jefferson Davis mit dem Ursprung und der Ausführung des Booth'schen Komplottes in Beziehung gestanden habe, obwohl sich eine direkte persönliche Beteiligung vermuthlich nicht nachweisen lasse; es werde sich jedoch ergeben, daß die Verhaftung mit Davis' Wissen und Zustimmung gebildet und weitergeführt worden sei. Derselben aus Washington besagen, die Beweise gegen Davis und die Südstaatlichen in Canada seien so unausweichbar, daß ausländische Regierungen eintretenden Falles sich nicht weigern könnten, sie auszuliefern. Inzwischen soll Davis am 4. in Washington (Georgia), am 5. in Powell Town (? Powers) in der Grafschaft Hancock, unweit Willoughville, angekommen sein.

In New-York hat sich eine mexikanische Auswanderergesellschaft gebildet, welche Agenturen im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten eröffnet, um Soldaten und Matrosen zur Emigration nach Mexiko zu werben. Der „New-York Herald“ bringt, ohne dafür einzustehen zu wollen, folgende nähere Angaben: Die Direktoren der Gesellschaft werden einer Verletzung der Neutralitätsgesetze auszuweichen suchen. Die Auswanderer werden aufgefordert, sich unter Autorität einer speziellen Einladung von Seiten des Präsidenten Juarez in Sonora niederzulassen; sie werden mit Waffen versehen werden, um sich zu verteidigen zu können. Gemeine Auswanderer werden 1000 Doll. und 100 Acker Landes erhalten, Hauptleute und Obersten ihrem Rang entsprechend mehr. Ortega, der Hauptagent von Juarez, hat die nöthigen Fonds in Händen, und erfreut sich der Unterstützung und Sympathie vieler der hervorragenden reichen Bürger New-Yorks. Das Gerücht sagt, Ortega habe sich mit der Washingtoner Regierung benommen, um die Erlaubnis zur Ausführung des Emigrationsplans zu erwirken. Der „Herald“ ist der Ansicht, die Regierung werde keine Hindernisse in den Weg legen, denn die Emigranten beabsichtigen, sich in Sonora ruhig niederzulassen, und nur wenn angegriffen zu den Waffen ihre Zuflucht zu nehmen. Die republikanische Presse tritt durchgehend gegen den Plan auf, und beschuldigt die demokratischen Blätter, welche ihn unterstützen, des Strebens, die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit europäischen Mächten zu verwickeln, um eine Diversion zu Gunsten der demokratischen Partei zu machen, welche dem Süden seine frühere einflussreiche Stellung in der nationalen Regierung wieder zu verschaffen hoffe. Der „Courr. des Etats Unis“ fordert die Regierung auf, ihre Neutralitätsverpflichtungen zu erfüllen, und jede organisierte bewaffnete Emigration zu verbieten; und in einer Depesche aus Washington heißt es, daß Präsident Johnson fest bei der neutralen Haltung seines Vorgängers beharren werde, in diesem Streben unterstützt durch Hrn. Seward und andere einflussreiche Berather. Aus dem Westen berichtet man von großen Summen, die zur Anwerbung von 25,000 Emigranten gezeichnet worden sind.

Der Finanzminister McCulloch hat in Betreff des Handelsverkehrs im Süden bekannt gemacht, daß Baumwolle, welche das Produkt von Sklavenarbeit sei, mit 25 Prozent des Wertes zu versteuern sei; als Erzeugniß freier Arbeit habe Baumwolle 3 P. per Pfd. als Verschiffungszoll zu entrichten. Der neue französische Gesandte, Hr. v. Montholon, ist in Washington eingetroffen.

New-York, 13. Mai, Abends. Der „Courr. des Etats Unis“ wiederholt seine Versicherung, daß Hr. Seward entschlossen sei, die Neutralitätsgesetze aufrecht zu halten, und spricht von einer Abkühlung der Stimmung in Betreff des mexikanischen Emigrationsplanes. Doch dauern die Anwerbungen fort. — Es heißt, eine stehende Armee von 150,000 Mann werde nach Entlassung der übrigen Sol-

daten aufrecht erhalten werden: ein Korps regulärer Truppen, ein Korps Freiwilliger und zwei Korps Neger.

Baden.

Karlsruhe, 24. Mai. Heute wurde die neue Landes-Gewerbehalle dem öffentlichen Zutritt eröffnet, nachdem derselben gestern die Ehre eines Besuchs von Seiten Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs zu Theil geworden war. Für den Anfang bietet die, vorwiegend noch von hiesigen Industriellen besuchte Ausstellung viel Interessantes aus verschiedenen Gewerbezweigen; indes liegt es in der Natur der Sache, daß die neugegründete Anstalt erst im Lauf der Zeit die volle Bedeutung erlangen kann, die erstrebt wird. Verbunden mit der Ausstellung von Gewerbegegenständen ist eine sehr interessante Sammlung von Studien (Zeichnungen, Skulpturen, Ornamenten in Gyps und Holz u. s. w.) der Kunst-Gewerbeschule zu Nürnberg.

Freiburg, 23. Mai. (Frühg. Ztg.) Bei der gestern früh 9 Uhr im großen Saal des Museumsgebäudes erfolgten Eröffnung der Wanderversammlung badischer Landwirthe waren gegen 70 Theilnehmer anwesend. Oberbürgermeister Fauler hielt eine Ansprache an die Versammelten, die er im Namen der Stadt Freiburg willkommen hieß. Nachdem hierauf Hr. v. Kürschheim die Verhandlungen eingeleitet, wurde zunächst zur Wahl des Bureau's geschritten und Hr. v. Kürschheim zum ersten, Hr. v. Bodmann zum zweiten Präsidenten gewählt. Als Sekretär fungirte Generalsekretär v. Langsdorff aus Karlsruhe.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Feststellung der Satzungen; nachdem dieselben von der Versammlung angenommen worden waren, wurde die erste der im Programm voraus bestimmten Fragen der Disposition angelegt. Dieselbe lautete: „Welche Verpflichtungen hat der Staat gegenüber dem Kleingrundbesitz?“ Den einleitenden Vortrag über dieses Thema hielt Professor v. Wangoltz. Die Besprechung war eine sehr ausführliche und nahm den ganzen Vormittag in Anspruch, so daß die Abstimmung erst in der Nachmittags-sitzung stattfinden konnte. Es befaßten sich daran u. A. die H. Prof. Stengel und Prof. Diegel, sowie Regierungsrath Dr. Rau aus Karlsruhe, Dr. Gerth aus Heidelberg, Lauter (Verwaltungsmitglied der bad. Tabakgesellschaft) aus Mienthal, Bürgermeister Heidenreich aus Mühlheim, Söll (Landwirthsch. Wanderlehrer), Generalsekretär v. Langsdorff, Bender (Oekonom und Vortrager der bekannten Erziehungsanstalt) aus Weinheim. Die Erörterung drehte sich vorzugsweise um die Unterstüßung der landwirthsch. Vereinen durch die Regierung, um das landwirthsch. Unterrichts- und landwirthsch. Kreditwesen. Nachdem die Beratung um 1 Uhr Mittags unterbrochen und um 3 Uhr wieder aufgenommen war, wurde zur Abstimmung geschritten. Es lagen drei Hauptanträge vor: zunächst ein präjudizialer Antrag des Hrn. Prof. v. Wangoltz, von Resolutionen überhaupt gänzlich Abstand zu nehmen. Derselbe wurde verworfen, ebenso ein Antrag des Hrn. Prof. Diegel, der sich auf die Darlegung der allgemeinen Grundsätze über die Staatshilfe, welche nur eine subsidiäre sein könne, beschränkte; angenommen, bezw. zur Resolution erhoben wurde der Antrag des Hrn. Lauter, worin die Verpflichtung des Staates, für landwirthsch. Mittelschulen zu sorgen und die landwirthsch. Vereine zur Verbreitung landwirthsch. Kenntnisse mit den erforderlichen Mitteln auszustatten, wesentlich urgirt war.

Die zweite Frage des Programms: „Welche Betriebsweise kann demalen für größere Gutswirtschaften als entsprechend lohnend bezeichnet werden?“ wurde zuvörderst von Hrn. Dr. Gerth in einem einleitenden Vortrag behandelt und hierauf u. A. von den H. Prof. Stengel, Lauter, Klein, Wiesenaumeister Abel, Söll u. diskutirt. Die Nothwendigkeit und die Vorteile der Drainage, die Nothwendigkeit, zu einer intensiveren Bewirtschaftung mehr Kapital als bisher aufzuwenden, und ein Hauptaugenmerk auf den Bau von Futtergewächsen und Handelsfrüchten zu richten, kamen hierbei vorzugsweise zur Erörterung.

Um halb sechs Uhr wurden die Verhandlungen für den ersten Tag geschlossen, um heute früh acht Uhr wieder eröffnet zu werden. Außer der Besprechung der übrigen, im Programm bestimmten Themata wird auch die Wahl des nächsten Versammlungsortes die Mitglieder beschäftigen. Heute Nachmittag wird der Ausflug nach der Hochburg, morgen jener nach Mienthal stattfinden.

Bermischte Nachrichten.

Frankfurt, 23. Mai. (Fr. Z.) Wie wir vernehmen, hat der Nationalverein dem „Verein zur Rettung der Schiffbrüchigen in Kiel“ ein Geschenk von 220 Thln. gegeben.

Gotha, 18. Mai. Das Jenaer Oberappellationsgericht hat die gegen den Buchdrucker Stolberg als nominellen Redakteur des von Walderode früher hier herausgegebenen „Fortschritt“ wegen Verleumdung des Königs von Preußen in der Appellationsinstanz ausgesprochene dreimonatliche Gefängnisstrafe bestätigt.

Berlin, 22. Mai. Die „Berl. Börs.-Ztg.“ schreibt: „Die preussische Regierung legt ein so großes Gewicht darauf, in unmittelbarer Weise auf Gestaltung der ökonomischen und finanziellen Verhältnisse in den Elbherzogthümern einzuwirken, daß trotz der vielbesprochenen Ablehnung der Bankvorlage durch das Abgeordnetenhaus ununterbrochen auf Mittel und Wege gedacht worden ist, die Zwecke unverzüglich zu erreichen, deren Förderung man durch Errichtung der Filiale der preussischen Bank in Hamburg angestrebt hatte. Es ist nunmehr im Zusammenhang mit den hierbei maßgebenden Gründen beschloffen worden, daß die Königl. See- und Handelsbank ein Zweiginstitut in Hamburg begründe, um alle diejenigen Geschäfte dort zu betreiben, die in den Wirkungskreis der preussischen Bank gefallen wären; ja man bezeichnet es uns sogar als nicht unwahrscheinlich, daß von Seiten der See- und Handelsbank für diese Hamburger Zweigniederlassung dieselben Personen als Leiter verwendet werden würden, die man auch bei der Bankfiliale ursprünglich ins Auge gefaßt hatte. Wir hören in Verbindung hiermit weiter, daß die im Abgeordnetenhaus abgelehnte Vorlage jedenfalls in der nächsten Session von der Regierung abermals werde vorgelegt werden, und daß die Regierung mit großer Zuversicht dann auf die Annahme derselben rechnet, sowie daß es in der Absicht liege, für diesen Fall dann die preussische Bank in die Erbschaft der See- und Handelsbank in Hamburg, beziehungsweise den Elbherzogthümern eintreten zu lassen.“

Paris, 22. Mai. Nächsten Donnerstag beginnt das große Pariser Turnfest. Aus England, der Schweiz und natürlich Deutschland werden bedeutende Zugänge erwartet. Das Fest, das mit einem Schauturnen an Pre-Catalan beginnt und Sonntag mit einer Turnersfeier endet, verspricht äußerst glänzend zu werden. Die Franzosen sind bei dem Feste nicht repräsentirt.

Paris, 23. Mai. Nächsten Samstag findet in der Großen Oper zum Besten des Pensionsfonds eine Vorstellung der „Africana“ statt. Es dürfte vielleicht interessieren, zu erfahren, welche Einnahmen die Große Oper mit dem Werk Meyerbeer's macht. 1. Vorstellung 7636 Fr. 65 Ct.; 2. 10,562 Fr. 65 Ct.; 3. 11,004 Fr. 20 Ct.; 4. 11,559 Fr. 40 Ct.; 5. 11,780 Fr. 35 Ct.; 6. 11,697 Fr. 30 Ct.; 7. 11,844 Fr. 90 Ct.; 8. 12,000 Fr. 65 Ct.; 9. 12,109 Fr. 30 Ct.

In England haben die Anzeigen von Beheimmitteln gegen alle möglichen Krankheiten eine solche Ausdehnung gewonnen, daß ein einziges Haus, das Großhandel mit diesen gefährlichen Quacksalbereien treibt, jährlich 40,000 Pfd. St. für Anzeigen ausgeben soll. Endlich hat sich die allgemeine Entrüstung über diese Betrügereien, die Habe und Gesundheit des Publikums schädigen, Luft gemacht; 61 Blätter in London und 165 in der Provinz haben öffentlich erklärt, sie würden solche Anzeigen nicht mehr drucken.

Der Ingenieur-Kapitän Wilson hat an verschiedenen Punkten im Norden der Stadt Jerusalem Nachgrabungen vorgenommen, an Punkten, wo man Reste der dritten Mauer zu finden erwarten konnte, und derselbe hat in der That an zwei Stellen Bausteine aufgefunden, welche an Größe die der Umfassungsmauern der Tempelarea übertreffen. Der große Stadtplan dieses unermüdbaren Forschers ist nun vollendet, und man darf seiner Veröffentlichung im Laufe des Sommers entgegensehen.

Karlsruhe, 23. Mai. (Großh. Verwaltungs-Gerichtshof.) In der heutigen öffentlichen Sitzung kamen vier Fälle zur Verhandlung. Der erste Fall betraf die Beschwerde zweier Bürger von Löffingen gegen den Gemeinderath daselbst, wegen Verweigerung des Bürgergenusses. Die Beschwerde wird darauf begründet, daß die Beschwerdeführer von ihren Eltern einige Morgen Acker gekauft haben und auf ihre Rechnung bebauen; daß sie auch schon Liegenschaften von Andern gepachtet und ebenso betrieben haben; daß sie zuweilen im Tagelohn arbeiten; daß ihre Eltern ihnen Wohnungsrechte in ihren Behausungen eingeräumt haben, und daß sie zufolge Alledem als Solche anzusehen seien, welche ein Gewerbe auf eigene Rechnung begründet haben, und daher nach § 106 der Gemeindeordnung zum Einrücken in den Bürgergenuß berechtigt sind. Da jedoch die Beschwerdeführer ledigen Standes sind, bei ihren Eltern Kost und Wohnung haben und mit ihren übrigen Geschwistern deren Landwirthschaft betreiben; da sie außer ihren Kleidern keine eigenen Fahrnisse besitzen und ihre eigenthümlichen Liegenschaften mit Schiff und Geschirr der Eltern und in ganz gleicher Weise und unabgetheilt mit den elterlichen Liegenschaften bebaut und umgetrieben werden, auch der Beweis eines Betriebs derselben auf eigene Rechnung, der übrigens in Anbetracht der übrigen Verhältnisse zur Annahme eines selbständigen Gewerbebetriebs im Sinne des Gesetzes noch lange nicht hinreichen würde, in keiner Weise erbracht ist, so nahm der Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem Antrag des Vertreters des Staatsinteresses, Hrn. Ministerialraths v. Dusch, die geschlichen Erfordernisse zum Einrücken in den Bürgergenuß nicht als vorhanden an und bestätigte das die Beschwerdeführer abweisende Erkenntnis des Bezirksraths Neustadt. Die Beschwerdeführer waren durch Hrn. Anwalt Wolff vertreten.

Im zweiten Fall vertrat Hr. Anwalt Bodenheimer den auch persönlich erschienenen Schöfer J. J. Lindner von Rauenberg, welcher vom Bezirksrath Berthelm mit seinem Gesuch um Zulassung zum Antritt des angebornen Bürgerrechts und bürgerliche Aufnahme seiner Braut hauptsächlich deshalb abgewiesen wurde, weil das gleiche Gesuch bereits durch endgiltiges Erkenntnis der großh. Regierung des Unterkreises vom 22. März 1864 verworfen worden war. Der Gerichtshof sprach jedoch aus, daß dieses frühere Erkenntnis dem jetzt vorliegenden Gesuche nicht im Wege stehe, da dieses auf neue Thatfachen und Beweise gegründet sei, und erkannte in der Sache selbst auf den Grund der neuen Beweise und eines von Amts wegen erhobenen Gutachtens eines Sachverständigen über den Nahrungszweigs eines Schöpfers — zu Gunsten des Rekurrenten.

Dagegen wurde im dritten Fall das die Beschwerde wegen verweigerten Bürgerrechtsantritts verwerfende Erkenntnis des Bezirksraths Balbschut bestätigt, weil der Bewerber, Jos. Her von Birkingen, nach eigenem Zugeständnisse schon seitler nicht im Stande war, sich allein durchzubringen.

Der letzte Fall betraf den Rekurs gegen ein Erkenntnis des Bezirksamts Schönau über den Erlass von Prozeßkosten. Da die amtliche Verhandlung, in welcher diese Kosten entstanden waren, die Ausfertigung der Feldwege in der betreffenden Gemarkung, also eine reine Verwaltungssache betraf, ohne daß ein öffentlich rechtlicher Streit darüber irgend bestand, so war es klar, daß, wie über die Hauptsache, so auch über den Kostenersatz nur die Verwaltungsbehörde zu erkennen hatte, und daß eine etwaige Beschwerde gegen dieses Erkenntnis lediglich an die höhere Verwaltungsbehörde zu richten war. Der an den Verwaltungs-Gerichtshof ergangene Rekurs wurde daher als unstatthaft verworfen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23 Mai	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 11,72	+ 13,5	S. W.	sch. bew.	Sonnensch., mit heiß
Mittags 2 „	11,06	+ 21,0	„	„	heiß
Nachts 9 „	11,50	+ 16,5	„	„	trüb, Wetterleucht.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 25. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Gastdarstellung der Frau Biardot-Garcia. **Der Barbier von Sevilla**; komische Oper in 2 Akten, von Rossini. „Rosine“ — Frau Biardot-Garcia.

Freitag 26. Mai. 2. Quartal. 72. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Nathan der Weise**; dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing. „Nathan“ — Hr. Lebrun, Regisseur am herzogl. Hoftheater zu Wiesbaden, als erste Gastrolle.

Sonntag 28. Mai. 3. Quartal. 73. Abonnementsvorstellung. **Die Tugendotten**; große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

